Stiftung Freiheit & Verantwortung

Sicherheit

Freiheit braucht Verantwortung und Sicherheit braucht Vorstellungskraft

Mit Texten von

Michele Moor
Stefan Brupbacher
Allan Guggenbühl

Inhalt

Editorial 4

**Weiss das Schweizer Parlament,
was Freiheit und Verantwortung heissen?** 6

Freiheit braucht Verteidigungsfähigkeit 18

**Sicherheit oder die Lust an den Gefahren:
Unser widersprüchliches Verhältnis zu Sicherheit** 26

Editorial

Freiheit gehört zu den grossen Selbstverständlichkeiten unseres Landes. Wir entscheiden selbst, wie wir leben wollen, gestalten unsere politischen Institutionen und beanspruchen, unsere Interessen eigenständig zu vertreten. Auch Neutralität, Föderalismus und direkte Demokratie sind Ausdruck dieses Anspruchs auf Selbstbestimmung. Doch Selbstbestimmung ist keine Selbstverständlichkeit. Sie braucht Voraussetzungen – und eine davon ist Sicherheit.

Sicherheit wiederum ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Sie beruht auf Vertrauen, funktionierenden Institutionen, berechenbaren Regeln und der Fähigkeit einer Gesellschaft, Gefahren zu erkennen und mit ihnen umzugehen. Gerade ein Land, das seit Generationen von Frieden und Stabilität geprägt ist, kann jedoch leicht in eine trügerische Sicherheit geraten. Was lange gut gegangen ist, erscheint schnell als selbstverständlich.

Die sicherheitspolitische Lage Europas hat sich grundlegend verändert. Krieg ist zurück auf dem Kontinent. Cyberangriffe, Desinformation, Spionage, Sabotage und Angriffe auf kritische Infrastrukturen zeigen, dass Konflikte längst nicht mehr nur auf dem klassischen Schlachtfeld ausgetragen werden. Gleichzeitig nehmen internationale Abhängigkeiten zu, während der Aufbau militärischer und ziviler Fähigkeiten Jahre benötigt. Sicherheit lässt sich nicht kurzfristig nachrüsten, wenn eine Krise bereits eingetreten ist.

Hier treffen sich die Perspektiven der drei Beiträge dieser Broschüre. Sicherheit verlangt zunächst die Bereitschaft, das Undenkbare zu denken und sich auch mit unangenehmen Szenarien auseinanderzusetzen. Sie verlangt zweitens politische Verantwortung: Wer eine veränderte Bedrohungslage erkennt, muss daraus Konsequenzen ziehen, Prioritäten setzen und der Bevölkerung erklären, warum Vorsorge notwendig ist. Und sie verlangt drittens konkrete Fähigkeiten – eine leistungsfähige Armee, resiliente zivile Strukturen, robuste Lieferketten und eine industrielle Basis, die sicherheitsrelevante Technologien und Dienstleistungen auch unter schwierigen Bedingungen bereitstellen kann.

Dabei geht es weder um Alarmismus noch um eine Militarisierung der Gesellschaft, sondern um Nüchternheit und Vorsorge. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik muss Risiken realistisch einschätzen und auch jene Ereignisse berücksichtigen, deren Eintritt vielleicht unwahrscheinlich, deren Folgen aber gravierend wären. Vorsorge ist gerade dann erfolgreich, wenn man sie möglichst selten braucht.

Freiheit und Verantwortung gehören deshalb zusammen. Wer seine Angelegenheiten selbst bestimmen will, muss bereit sein, die Voraussetzungen dieser Handlungsfreiheit zu erhalten. Das gilt für den Staat ebenso wie für die Gesellschaft und den Einzelnen. Eine glaubwürdige Neutralität setzt eigene Fähigkeiten voraus; internationale Zusammenarbeit kann sie ergänzen, aber nicht ersetzen. Und eine verteidigungsfähige Schweiz braucht neben einer einsatzfähigen Armee auch eine Wirtschaft und Industrie, die ihren Beitrag zur Sicherheit leisten können.

Die politische Debatte über die Zukunft unserer Sicherheit ist deshalb Teil einer grösseren Frage: **Wie viel Sicherheit ist uns unsere Freiheit wert – und welche Verantwortung sind wir bereit, dafür heute zu übernehmen?**

Diese Broschüre möchte darauf keine einfache Antwort geben. Sie möchte unterschiedliche Perspektiven verbinden und zum Nachdenken anregen. Denn Sicherheit entsteht nicht von selbst. Sie beginnt mit der Fähigkeit, Gefahren wahrzunehmen, setzt sich fort in der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und zeigt sich letztlich darin, rechtzeitig zu handeln – solange noch Zeit dafür ist.

Dr. Valentin Gerig
Stiftungsrat und Geschäftsleiter der
Stiftung Freiheit und Verantwortung

Weiss das Schweizer Parlament, was Freiheit und Verantwortung heissen?

Michele Moor

Die sicherheitspolitische Lage der Schweiz hat sich verändert. Darüber besteht inzwischen weitgehend Einigkeit. Schwieriger ist die Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind – und wer die Verantwortung dafür trägt. Sicherheitspolitische Erkenntnis ohne entsprechendes Handeln wird zunehmend selbst zum Risiko.

Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Fortschritte in ihrer sicherheitspolitischen Lagebeurteilung gemacht. Was am Anfang des Krieges in der Ukraine zunächst kontrovers diskutiert wurde, ist heute weitgehend Konsens: Die europäische Sicherheitsordnung hat sich grundlegend verändert. Konventionelle Kriege sind wieder möglich, hybride Konfliktführung ist Realität, Cyberangriffe und Desinformation gehören zum sicherheitspolitischen Alltag und die internationale Ordnung, von deren Stabilität die Schweiz in besonderem Masse profitiert, steht unter Druck.



Quelle: Shutterstock

Der Bundesrat hat daraus Konsequenzen gezogen. Mit seinen neuen Leitlinien für die Verteidigung anerkennt er, dass die Verteidigungsfähigkeit wieder zum Kern der militärischen Planung werden muss. Zusammen mit der rüstungspolitischen Strategie besteht damit erstmals seit längerer Zeit wieder ein vergleichsweise kohärenter Rahmen für Organisation, Fähigkeitsentwicklung, Beschaffung und Finanzierung der Armee. Doch strategische Konzepte haben nur dann einen Wert, wenn ihnen konkrete Fähigkeiten folgen: Mit der Formulierung einer Strategie endet die politische Diskussion nicht, sondern sie beginnt erst. Damit verschiebt sich die sicherheitspolitische Frage. Es geht nicht mehr in erster Linie darum, ob die Schweiz ein Problem erkannt hat. Es geht darum, ob sie bereit ist, aufgrund dieser Erkenntnis zu handeln. Und damit geht es um Verantwortung.

Der teure Freiheitsanspruch

Die Schweiz legt grossen Wert auf ihre staatliche Handlungsfreiheit. Neutralität, Souveränität, Föderalismus und direkte Demokratie sind nicht nur institutionelle Besonderheiten. Sie sind Ausdruck des Anspruchs, die eigenen Angelegenheiten möglichst selbständig zu bestimmen. Diese Freiheit ist allerdings nicht voraussetzungslos.

Ein Staat kann seine Politik nur so lange selbständig bestimmen, wie er auch unter Druck handlungsfähig bleibt. Das setzt voraus, dass er seine Bevölkerung, sein Territorium, seine Institutionen und seine kritischen Infrastrukturen schützen kann. Wer nicht über ausreichende eigene Fähigkeiten verfügt, wird in einer schweren Krise zwangsläufig von den Fähigkeiten und Entscheidungen anderer abhängig.

Gerade für einen neutralen Staat ist dieser Zusammenhang von Bedeutung. Neutralität entbindet nicht von der Verantwortung für die eigene Sicherheit. Im Gegenteil: Der Anspruch auf eine eigenständige sicherheitspolitische Position setzt eine glaubwürdige Fähigkeit zur Selbstbehauptung voraus. Wer seine Sicherheitspolitik eigenständig bestimmen will, muss glaubwürdig in der Lage sein, Territorium, Bevölkerung und kritische Infrastrukturen zu schützen.

Freiheit und Verantwortung sind deshalb zwei Seiten derselben Medaille. Die politische Freiheit der Schweiz kann langfristig nur erhalten werden, wenn das Land bereit ist, die materiellen, personellen und politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das klingt selbstverständlich. In der politischen Praxis ist es das offensichtlich nicht.

Die politische Inkonsequenz

Während mehr als dreissig Jahren profitierte die Schweiz von einer europäischen Friedensordnung, die einen grossen zwischenstaatlichen Krieg auf dem Kontinent zunehmend unwahrscheinlich erscheinen liess. Die Armee wurde verkleinert, Verteidigungsfähigkeiten wurden reduziert und Investitionen zurückgestellt. Diese Entwicklung war unter den damaligen Annahmen nachvollziehbar. Das Problem besteht nicht darin, dass die Schweiz in den neunziger Jahren eine Friedensdividende bezogen hat. Problematisch wäre, heute weiterhin so zu handeln, als bestünden die damaligen Voraussetzungen fort. Sie bestehen nicht mehr: Der Krieg in der Ukraine, hybride Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Cyberoperationen, Desinformation und die weltweite Aufrüstung haben die sicherheitspolitischen Annahmen der vergangenen Jahrzehnte grundlegend verändert. Die Schweiz ist zwar neutral, aber weder wirtschaftlich noch sicherheitspolitisch vom europäischen Umfeld isoliert.

Das wird politisch inzwischen kaum noch bestritten. Gerade darin liegt jedoch eine neue Schwierigkeit. Solange über die Lagebeurteilung gestritten wurde, konnte mangelndes Handeln mit unterschiedlichen Einschätzungen der Bedrohung erklärt werden. Je breiter der Konsens über die Verschlechterung der Lage wird, desto weniger trägt diese Erklärung. Wer eine veränderte Bedrohungslage anerkennt, muss bereit sein, Prioritäten zu verändern.

Hier zeigt sich eine eigentümliche Diskrepanz der schweizerischen Sicherheitspolitik. Die Sprache hat sich schneller verändert als die politischen Entscheidungen. Man spricht von Verteidigungsfähigkeit, Resilienz, Fähigkeitslücken und Aufwuchs. Gleichzeitig bleiben Finanzierung, Beschaffungen, Personalbestand und industrielle Voraussetzungen Gegenstand langwieriger Auseinandersetzungen. Das ist in einer Demokratie zunächst normal. Milliardenbeträge dürfen nicht ohne

kritische Prüfung ausgegeben werden. Rüstungsbeschaffungen benötigen parlamentarische Kontrolle, und sicherheitspolitische Dringlichkeit darf kein Freipass für finanzpolitische Beliebigkeit sein. Doch auch das Gegenteil ist richtig: Die ordnungspolitisch korrekte Verwaltung eines Mangels beseitigt den Mangel nicht.

Die gefährliche Verzögerung

In kaum einem anderen Politikbereich wird die Bedeutung der Zeit so leicht unterschätzt wie in der Sicherheitspolitik. Eine fehlende militärische Fähigkeit lässt sich nicht mit einem Parlamentsbeschluss herstellen. Zwischen politischem Entscheid und militärischer Einsatzfähigkeit liegen Evaluation, Beschaffung, Produktion, Lieferung, Ausbildung, Integration und Übung. Das dauert Jahre.

Gleichzeitig hat sich der internationale Rüstungsmarkt verändert. Die Nachfrage ist stark gestiegen, Produktionskapazitäten sind teilweise über Jahre ausgelastet, Lieferfristen werden länger. Hersteller verlangen Anzahlungen, um Produktionskapazitäten und Liefertermine zu sichern. Wer heute zu spät bestellt, muss deshalb nicht bloss höhere Preise in Kauf nehmen, sondern unter Umständen jahrelange Verzögerungen. Das verändert die Bedeutung politischer Verzögerungen: Eine verschobene Entscheidung ist nicht kostenlos. Sie ist eine Entscheidung, ein bestimmtes Risiko länger zu tragen.

Der Aufbau militärischer Fähigkeiten dauert Jahre, teilweise Jahrzehnte. Wer Investitionen heute verschiebt, spart deshalb nicht, sondern erhöht das sicherheitspolitische Risiko der Zukunft. Damit stellt sich die Verantwortungsfrage mit zunehmender Schärfe. Wenn Bundesrat und Parlament wissen, dass Fähigkeiten fehlen, wenn sie wissen, dass deren Aufbau lange dauert, und wenn sie gleichzeitig die Verschlechterung der Sicherheitslage anerkennen, können sie Verzögerungen nicht als politisch neutrale Option behandeln.

Die vernachlässigte Gesamtverteidigung

Noch grundsätzlicher ist eine zweite Frage. Die sicherheitspolitische Debatte der Schweiz konzentriert sich stark auf die Armee. Das ist angesichts ihrer Fähigkeitslücken verständlich, greift aber zu kurz. Moderne

Konflikte beginnen nicht zwingend mit einem militärischen Angriff an der Landesgrenze. Cyberangriffe, Desinformation, Sabotage, Spionage, wirtschaftlicher Druck oder die Störung kritischer Infrastrukturen können lange vorher einsetzen. Drohnen können zivile wie militärische Einrichtungen bedrohen. Kommunikationsnetze, Energieversorgung, Gesundheitswesen und staatliche Institutionen können angegriffen oder gestört werden, ohne dass rechtlich bereits ein Verteidigungsfall vorliegt.

Die Schweiz ist bereits heute mit hybrider Konfliktführung konfrontiert. Cyberangriffe, Desinformation und Einflussnahme können Staat, Wirtschaft und Gesellschaft treffen, ohne dass ein klassischer militärischer Angriff stattfindet. Damit rückt ein Begriff wieder ins Zentrum, der lange etwas aus der Zeit gefallen wirkte – die Gesamtverteidigung, eine umfassende Sicherheit.

Dabei geht es nicht um die Wiederherstellung früherer Strukturen. Es geht um den zugrunde liegenden Gedanken, dass die Widerstandsfähigkeit eines Landes aus dem Zusammenwirken militärischer und ziviler Mittel entsteht. Nachrichtendienst, Polizei, Grenzschutz, Bevölkerungsschutz, Gesundheitswesen, Energieversorgung, Telekommunikation, Cyberabwehr und die Betreiber kritischer Infrastrukturen sind Bestandteile desselben Sicherheitsdispositivs. Militärischer Schutz kann nur funktionieren, wenn auch die zivilen Strukturen leistungsfähig bleiben.

Eine zeitgemässe Gesamtverteidigung muss deshalb nicht nur beantworten, wie die Schweiz einen militärischen Angriff abwehrt. Sie muss vor allem klären, wie das Land in jener schwer definierbaren Phase funktioniert, in der die normale Lage bereits vorbei ist, ein eigentlicher Verteidigungsfall aber noch nicht eingetreten ist. Gerade diese Phase dürfte für moderne Konflikte charakteristisch sein.

Die föderale Verantwortung

Damit kann die Diskussion nicht in Bern enden. Der schweizerische Föderalismus weist den Kantonen wesentliche Zuständigkeiten für die Sicherheit ihrer Bevölkerung zu. Das betrifft insbesondere Polizei, Gesundheitswesen und Teile des Bevölkerungsschutzes. In einer Krise sind diese Strukturen nicht Nebenschauplätze der Landesverteidigung, sondern Teil der staatlichen Handlungsfähigkeit. Deshalb sollten auch die

Kantone beantworten können, wie sie ihre Verantwortung unter einer verschärften Sicherheitslage verstehen.



Quelle: Shutterstock

Wie steht es um die Abwehr von Drohnen, solange keine militärische Verteidigungslage besteht? Wie gut sind Polizeikorps auf koordinierte hybride Ereignisse vorbereitet? Welche Fähigkeiten bestehen zur Terrorabwehr? Wie widerstandsfähig sind kantonale Verwaltungen gegen Cyberangriffe? Wie lange funktionieren Führungs- und Kommunikationsmittel bei einem grossflächigen Strom- oder Netzausfall? Welche Reserven bestehen im Gesundheitswesen? Wie sind zivile und militärische Stellen aufeinander abgestimmt? Nicht jede dieser Fragen kann oder soll öffentlich im Detail beantwortet werden. Aber die politischen Verantwortlichkeiten müssen geklärt sein.

Ein Gegner wird sich nicht nach dem schweizerischen Kompetenzkatalog richten. Er wird auch nicht darauf warten, bis Bund und Kantone festgestellt haben, wer für eine neuartige Bedrohung zuständig ist. Föderalismus erhöht die Widerstandsfähigkeit eines Landes, wenn dezentrale Strukturen über Fähigkeiten, Reserven und klare Verantwortlichkeiten verfügen. Er wird zum Risiko, wenn Zuständigkeiten zwischen Staatsebenen so verteilt sind, dass sich im entscheidenden Moment niemand für das Ganze verantwortlich fühlt. Gesamtverteidigung ist deshalb nicht primär eine organisatorische Frage. Sie ist eine Führungsfrage.

Die gefährdete Industriebasis

Dasselbe gilt für die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie. Die vergangenen Jahrzehnte waren von der Annahme geprägt, dass militärische Güter grundsätzlich auf internationalen Märkten beschafft werden können. In einer stabilen internationalen Ordnung ist diese Annahme nachvollziehbar. Unter den Bedingungen zunehmender Aufrüstung und möglicher Unterbrechungen von Lieferketten wird sie problematisch.

Die Schweiz wird niemals sämtliche für ihre Verteidigung notwendigen Systeme selbst herstellen können. Eine sicherheitspolitische Autarkie wäre weder realistisch noch sinnvoll. Daraus folgt jedoch nicht, dass industrielle Fähigkeiten bedeutungslos wären, im Gegenteil.

Der Krieg in der Ukraine zeigt, welche Bedeutung Produktionskapazitäten, Munition, Ersatzteile, Wartung und die Fähigkeit zur raschen technologischen Anpassung haben. Eine ausschliessliche Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten schafft strategische Verwundbarkeit. Eine eigene industrielle Basis ist deshalb Teil der nationalen Sicherheitsvorsorge.

Die Politik muss folglich entscheiden, welche industriellen Fähigkeiten die Schweiz aus strategischen Gründen erhalten oder neu aufbauen will. Dazu braucht die Industrie verlässliche Rahmenbedingungen. Unternehmen bauen keine Produktionskapazitäten für einen hypothetischen Krisenfall auf, wenn ihnen gleichzeitig die langfristige wirtschaftliche Grundlage dafür fehlt. Auch hier genügt es nicht, die Bedeutung einer schweizerischen Sicherheitsindustrie rhetorisch zu betonen. Politische Ziele müssen mit den regulatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen übereinstimmen, die der Staat selbst schafft.

Die notwendige Zusammenarbeit

Die Frage der internationalen Zusammenarbeit ist ähnlich widersprüchlich. Die Schweiz liegt im Zentrum Europas. Luftverteidigung, Cyberabwehr, Nachrichtendienst, Logistik oder die Früherkennung von Bedrohungen lassen sich in einem dicht verflochtenen europäischen Raum nicht sinnvoll ausschliesslich national denken.

Zusammenarbeit ist deshalb sicherheitspolitisch notwendig. Sie widerspricht nicht automatisch dem Anspruch auf Eigenständigkeit. Allerdings kann sie die eigene Verteidigungsfähigkeit nicht ersetzen.

Wer im Ernstfall mit der Unterstützung anderer rechnet, muss selbst einen glaubwürdigen Beitrag leisten können. Zusammenarbeit zwischen Staaten beruht auf gegenseitigem Nutzen und auf Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Partners.

Für die Schweiz besteht die Herausforderung deshalb nicht in der Entscheidung zwischen nationaler Verteidigung und internationaler Zusammenarbeit. Sie muss beides gleichzeitig entwickeln: Möglichst robuste eigene Fähigkeiten und die Fähigkeit, dort mit Partnern zusammenzuarbeiten, wo ein kleines Land Leistungen nicht sinnvoll allein erbringen kann.

Gerade darin zeigt sich die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung. Eigenständigkeit entsteht nicht durch Abgrenzung allein. Sie entsteht durch die Fähigkeit, auch in gegenseitiger Abhängigkeit handlungsfähig zu bleiben.

Die politische Führungspflicht

Die politische Verantwortung reicht jedoch noch weiter. Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen Bevölkerung und Politik. Viele Bürger beschäftigen nämlich im Alltag steigende Krankenkassenprämien, Inflation, Migration oder wirtschaftliche Unsicherheit unmittelbarer als abstrakte militärische Risiken. Daraus entsteht verständlicherweise ein anderer politischer Erwartungsdruck.

Bundesrat und Parlament befinden sich jedoch nicht in derselben Lage wie der einzelne Bürger. Sie verfügen über Lagebeurteilungen, Fachwissen und teilweise nachrichtendienstliche Erkenntnisse, welche der Öffentlichkeit nicht in gleichem Umfang zugänglich sind. Aus diesem Informationsvorsprung entsteht eine besondere Verantwortung – die Pflicht zu entscheiden und die Pflicht zu erklären. Wenn die Lage tatsächlich ernster ist, als ein grosser Teil der Bevölkerung annimmt, muss die Politik diese Einschätzung verständlich und glaubwürdig vermitteln.

Das ist ein zentraler Punkt: Demokratische Führung besteht nicht darin, den Bürgern Entscheidungen abzunehmen. Sie besteht auch nicht darin, Bedrohungen zu dramatisieren, um zusätzliche Ausgaben politisch durchzusetzen. Sie besteht darin, vorhandenes Wissen einzuordnen, Handlungsalternativen offenzulegen und die Konsequenzen

unterschiedlicher Entscheidungen verständlich zu machen. Genau daran entscheidet sich politische Glaubwürdigkeit.

Die Politik kann nicht einerseits eine erhebliche Verschlechterung der Sicherheitslage feststellen und andererseits vermeiden, der Bevölkerung die daraus entstehenden Konsequenzen zuzumuten.
Sie muss sagen, was sie weiss. Sie muss erklären, was daraus folgt. Und sie muss danach handeln.

Die gesellschaftliche Mitverantwortung

Diese Verantwortung endet nicht bei den politischen Institutionen. Eine freiheitliche Gesellschaft kann ihre Sicherheit nicht vollständig an staatliche Organisationen delegieren. Die Schweiz verfügt dafür eigentlich über besonders gute Voraussetzungen. Milizarmee, Zivilschutz, Föderalismus und das Milizsystem beruhen auf der Vorstellung, dass Bürger nicht nur Empfänger staatlicher Leistungen, sondern Mitträger des Gemeinwesens sind. Doch diese Vorstellung setzt Wissen voraus.

Man kann von einer Bevölkerung keine Widerstandsfähigkeit erwarten, wenn man ihr nicht erklärt, wogegen sie widerstandsfähig sein soll. Man kann keine persönliche Vorsorge verlangen, wenn gleichzeitig der Eindruck vermittelt wird, der Staat werde in jeder denkbaren Krise sämtliche Leistungen jederzeit aufrechterhalten.



Quelle: VBS/DDPS – André Scheidegger

Die Bevölkerung muss ausdrücklich darüber informiert werden, wie sie sich auf Krisen und sogar auf einen bewaffneten Angriff vorbereiten soll; nicht mit der Absicht, Angst zu erzeugen, sondern mit der Überzeugung, dass eine informierte Bevölkerung widerstandsfähiger ist. Was heute fehlt, ist eine klare gesellschaftliche Botschaft: Sicherheit ist nicht selbstverständlich. Sie verlangt Vorsorge – vom Staat ebenso wie von seinen Bürgern.

Eine Regierung, die ihrer Bevölkerung etwas zutraut, kann ihr auch unangenehme Tatsachen zumuten. Vorbereitung braucht Zeit. Das gilt für militärische Fähigkeiten ebenso wie für gesellschaftliche Widerstandskraft.

Das eigentliche Versäumnis

Damit führt die Debatte zurück zum Parlament. Die Schweiz leidet heute weniger an einem Mangel sicherheitspolitischer Analysen als an der Schwierigkeit, aus anerkannten Tatsachen rechtzeitig politische Konsequenzen zu ziehen.

Die Bedrohungslage ist beschrieben. Fähigkeitslücken sind bekannt. Der Bundesrat hat strategische Leitlinien vorgelegt. Der Finanzbedarf ist in seinen Grössenordnungen sichtbar. Die Bedeutung einer leistungsfähigen Sicherheits- und Rüstungsindustrie ist erkannt. Die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit wird diskutiert. Und dass Sicherheit mehr umfasst als die Armee, dürfte ebenfalls kaum bestritten sein.

Was fehlt, ist die Folgerichtigkeit zwischen diesen Erkenntnissen und dem politischen Handeln. Hier liegt die eigentliche Frage nach der Integrität der Politik. Politische Integrität bedeutet nicht, unbeirrt an einmal vertretenen Positionen festzuhalten. Im Gegenteil. Sie zeigt sich gerade darin, neue Tatsachen anzuerkennen und die eigene Politik entsprechend anzupassen. Wer sagt, die Lage habe sich verändert, muss bereit sein, seine Prioritäten zu verändern. Wer einen Fähigkeitsmangel feststellt, muss entweder die Mittel zu dessen Behebung bereitstellen oder offen erklären, welches daraus entstehende Risiko er bewusst akzeptiert. Beides kann politisch legitim sein.

Nicht überzeugend ist dagegen, gleichzeitig höhere Sicherheit zu fordern, die dafür notwendigen Mittel abzulehnen und die Verantwortung für die entstehende Lücke anschliessend anderen zuzuschieben. Politische Integrität verlangt Übereinstimmung zwischen Lagebeurteilung, öffentlicher Aussage und Entscheidung.

Die vorausschauende Verantwortung

Sicherheitspolitik besitzt eine Besonderheit: Gute Vorsorge bleibt häufig unsichtbar. Der Wert einer verteidigungsfähigen Armee, funktionierender Krisenorganisationen, ausreichender Reserven oder robuster Infrastrukturen zeigt sich im besten Fall gerade dadurch, dass sie nicht oder nur selten benötigt werden. Das erschwert politische Priorisierungen. Sichtbare Probleme der Gegenwart konkurrieren mit Risiken, deren Eintritt ungewiss ist.

Verantwortliche Politik unterscheidet sich von der blossen Verwaltung gegenwärtiger Bedürfnisse jedoch gerade dadurch, dass sie auch seltene Ereignisse mit sehr hohem Schadenspotenzial berücksichtigt. Das bedeutet nicht, unbegrenzt Geld für Sicherheit auszugeben. Auch in einer verschärften Lage bleiben Priorisierung, Effizienz und parlamentarische Kontrolle notwendig: Eine ausserordentliche Lage rechtfertigt keine unbegrenzten Ausgaben. Sie verlangt aber eine realistische Einschätzung der Risiken und den rechtzeitigen Aufbau der notwendigen Fähigkeiten. Verantwortung beginnt deshalb nicht mit dem Eintritt einer Krise. Sie zeigt sich in den Jahren davor.

Das geforderte Parlament

Damit lässt sich die Frage im Titel präzisieren: Weiss das Schweizer Parlament, was Freiheit und Verantwortung heissen?

Das Problem besteht vermutlich nicht darin, dass es dies nicht weiss. Die relevanten Informationen liegen vor. Die veränderte Lage wird anerkannt. Die Fähigkeitslücken sind bekannt. Die langen Beschaffungszeiten sind bekannt. Die Abhängigkeiten sind bekannt. Die finanziellen Herausforderungen sind bekannt. Gerade deshalb wächst die Verantwortung.

Ein Parlament, das über diese Erkenntnisse verfügt, kann sich später nicht darauf berufen, die Entwicklung sei nicht vorhersehbar gewesen. Politische Verantwortung bemisst sich nicht erst daran, wie ein Staat während einer Krise reagiert. Sie bemisst sich auch daran, was er getan hat, als noch Zeit zur Vorbereitung bestand.

Die Schweiz muss deshalb nicht in einen permanenten Krisenmodus wechseln. Sie braucht weder Alarmismus noch eine Militarisierung der Gesellschaft. Sie braucht etwas Schwierigeres: Eine nüchterne Übereinstimmung zwischen dem, was sie über ihre Sicherheitslage sagt, und dem, was sie daraus macht.

Freiheit bedeutet, über die eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden zu können. Verantwortung bedeutet, rechtzeitig die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Freiheit auch unter ungünstigen Bedingungen erhalten bleibt. Ob die schweizerische Politik beides verstanden hat, wird sich deshalb nicht an ihren nächsten sicherheitspolitischen Erklärungen zeigen, sondern an ihren Entscheidungen.



Zum Autor

Michele Moor, lic.oec. HSG, dipl. El.-Ing. ETH, Unternehmer und Verwaltungsrat, ist Oberst im Generalstab und Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft

Freiheit braucht Verteidigungsfähigkeit

Stefan Brupbacher

Die Schweiz ist ein freies, offenes und neutrales Land. Doch Freiheit, Offenheit und Neutralität sind keine Selbstläufer. Sie müssen geschützt werden. Wer sicher bleiben will, muss verteidigungsfähig sein. Und wer verteidigungsfähig sein will, braucht nicht nur eine Armee, sondern auch eine leistungsfähige industrielle Basis.

Genau darum geht es mit der Revision des Kriegsmaterialgesetzes, die im November 2026 zur Abstimmung kommt. Sie ist keine technische Detailfrage für Spezialisten. Sie ist eine sicherheits-, industrie- und staatspolitische Grundsatzfrage. Die Schweiz muss entscheiden, ob sie auch in Zukunft über eine eigene Verteidigungsindustrie verfügen will — oder ob sie im Ernstfall vollständig von anderen Staaten abhängig sein möchte.

Die sicherheitspolitische Lage Europas hat sich in wenigen Jahren dramatisch verändert. Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Russland führt einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Viele Staaten rüsten auf. Hybride Angriffe, Cyberoperationen, Desinformation, Spionage und Angriffe auf kritische Infrastrukturen gehören längst zur Realität. Gleichzeitig verändert sich die Militärtechnologie rasant. Drohnen, Sensorik, Satellitenkommunikation, Robotik, künstliche Intelligenz, präzise Wirkungssysteme, digitale Führung und robuste Kommunikationsnetze prägen moderne Konflikte.

Doch der Krieg in der Ukraine zeigt auch etwas anderes: Neue Technologien ersetzen die klassischen industriellen Fähigkeiten nicht. Sie machen sie noch wichtiger. Munition, Ersatzteile, geschützte Fahrzeuge, Präzisionskomponenten, optische Systeme, Antriebstechnik, Spezialmaterialien, Wartung, Reparatur und rasche Nachproduktion entscheiden mit darüber, ob ein Land im Ernstfall durchhält. Moderne Sicherheit entsteht nicht nur im Planungsstab. Sie entsteht auch in Werkhallen, Entwicklungsabteilungen, Zulieferbetrieben, Forschungslabors und Produktionslinien.



Quelle: Shutterstock

Die Schweiz muss daraus Konsequenzen ziehen. Sie kann sich nicht darauf verlassen, dass andere Länder im Krisenfall liefern, reparieren, schützen und entscheiden. Sicherheitspolitik darf nicht auf der stillschweigenden Annahme beruhen, dass im Ernstfall schon andere für uns sorgen werden. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität verlangt eigene Fähigkeiten. Sie verlangt eine Armee, die einsatzfähig ist. Und sie verlangt Unternehmen, die sicherheitsrelevante Technologien, Komponenten, Systeme und Dienstleistungen bereitstellen können.

Die Schweizer Rüstungs- und Verteidigungsindustrie ist deshalb kein Sonderfall am Rand der Wirtschaft. Sie ist Teil der Sicherheitsarchitektur unseres Landes. Sie trägt dazu bei, dass die Schweiz ihre Verteidigungsfähigkeit erhalten, ihre Systeme betreiben und ihre Armee ausrüsten kann. Sie schafft Know-how, Arbeitsplätze, technologische Kompetenz und internationale Anschlussfähigkeit. Sie verbindet industrielle Präzision mit sicherheitspolitischer Verantwortung.

Gerade ein Kleinstaat wie die Schweiz muss dabei realistisch bleiben. Es geht nicht darum, sämtliche Waffensysteme selbst herzustellen. Das wäre weder möglich noch sinnvoll. Aber es geht darum, in ausgewählten Bereichen über Schlüsselkompetenzen zu verfügen: bei kritischen Komponenten, Präzisionstechnologien, Sensorik, Kommunikation, Robotik, Drohnen, Space, Cyber, Spezialmaterialien, Munition, Wartung und sicherheitsrelevanten Dual-Use-Technologien. Diese Fähigkeiten verschaffen der Schweiz Handlungsspielraum. Ohne sie wird sie abhängig.

Dieser Handlungsspielraum ist heute gefährdet. Die Schweizer Verteidigungsindustrie steht unter massivem Druck. Der Heimmarkt ist zu klein, um die Unternehmen langfristig zu tragen. Ohne Exporte, internationale Kooperationen und die Einbindung in europäische Lieferketten kann diese Industrie in der Schweiz nicht überleben. Wer Exportmöglichkeiten praktisch verunmöglicht, schwächt deshalb nicht nur einzelne Unternehmen. Er schwächt die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz.

Genau hier setzt die Revision des Kriegsmaterialgesetzes an. Sie schafft zeitgemässe Regeln für den Export von Verteidigungsgütern in verlässliche Partnerstaaten. Sie gibt der Schweiz mehr Handlungsspielraum, ohne die bewährten Kontrollmechanismen aufzugeben. Sie ermöglicht verantwortungsvolle Entscheide im Lichte der aussen-, sicherheits- und neutralitätspolitischen Interessen unseres Landes. Und sie verhindert, dass die Schweizer Industrie durch überholte Regeln aus internationalen Lieferketten verdrängt wird.

Das bisherige Regime ist zu starr. Es passt nicht mehr zu einer Welt, in der Sicherheit zunehmend durch internationale Kooperation, gemeinsame Beschaffung, technologische Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Lieferketten gewährleistet wird. Wer heute ein komplexes Verteidigungssystem baut, arbeitet fast immer mit Partnern zusammen.

Komponenten, Software, Sensorik, Mechanik, Elektronik und Wartung stammen aus verschiedenen Ländern. Wenn Schweizer Zulieferer dabei als unzuverlässig gelten, weil unklar ist, ob ihre Komponenten im Krisenfall weiterverwendet werden dürfen, werden sie ersetzt.

Diese Gefahr ist real. Partnerstaaten und internationale Hersteller müssen sich darauf verlassen können, dass Lieferketten auch in schwierigen Zeiten funktionieren. Wenn sie dieses Vertrauen verlieren, entscheiden sie sich für Produkte ohne Schweizer Anteil. Ein «Swiss-free»-Ansatz wäre für unser Land fatal. Er würde nicht nur Exporte kosten, sondern Know-how, Innovationskraft, industrielle Substanz und sicherheitspolitischen Einfluss. Am Ende hätte die Schweiz weniger Kontrolle, weniger Mitsprache und weniger Fähigkeit, ihre eigene Sicherheit mitzugestalten.

Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes ist deshalb kein Gefallen an der Industrie. Sie ist ein Beitrag zur Sicherheit der Schweiz. Sie sorgt dafür, dass die Unternehmen, die für unsere Verteidigungsfähigkeit relevant sind, im Land bleiben, investieren, entwickeln und produzieren können. Sie stärkt die Armee indirekt, weil sie deren industrielle Basis erhält. Und sie stärkt die Glaubwürdigkeit der Schweiz gegenüber Partnerstaaten, die sich in einer unsicheren Welt auf verlässliche Zusammenarbeit verlassen müssen.

Wichtig ist: Ein modernes Kriegsmaterialgesetz ist kein Freipass. Es schafft keine schrankenlosen Waffenexporte. Auch künftig braucht jedes Exportgeschäft eine Bewilligung. Auch künftig gelten klare Kriterien. Auch künftig kann der Bundesrat Exporte aus aussen-, sicherheits- oder neutralitätspolitischen Gründen verweigern. Exporte in Staaten mit schwerwiegenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen oder mit hohem Risiko eines Missbrauchs gegen die Zivilbevölkerung bleiben ausgeschlossen. Die Schweiz gibt ihre Werte nicht auf. Sie macht ihre Regeln handlungsfähiger.

Ebenso wichtig ist: Geringere Exportbeschränkungen heben die Neutralität nicht auf. Im Gegenteil. Eine bewaffnete Neutralität ist nur glaubwürdig, wenn die Schweiz verteidigungsfähig bleibt. Neutralität darf nicht zu einer Formel werden, hinter der sich sicherheitspolitische Bequemlichkeit versteckt. Neutralität schützt nicht durch Worte allein.

Sie schützt nur, wenn sie mit realen Fähigkeiten unterlegt ist: mit einer einsatzfähigen Armee, einer belastbaren Infrastruktur, resilienten Lieferketten und einer Industrie, die im Krisenfall liefern kann.

Wer die Neutralität ernst nimmt, muss deshalb auch die Verteidigungsfähigkeit ernst nehmen. Und wer die Verteidigungsfähigkeit ernst nimmt, darf die Verteidigungsindustrie nicht aus dem Land drängen. Eine Schweiz ohne eigene sicherheitsrelevante Industrie wäre nicht neutraler. Sie wäre abhängiger. Sie müsste im Ernstfall hoffen, dass andere Staaten liefern, Prioritäten setzen und politische Risiken übernehmen. Das ist keine souveräne Sicherheitspolitik.

Die Debatte über das Kriegsmaterialgesetz ist deshalb auch eine Debatte über Verantwortung. Wollen wir eine Schweiz, die ihre Sicherheit auslagert? Oder wollen wir eine Schweiz, die ihren Beitrag leistet, ihre Fähigkeiten erhält und ihre Interessen selbstbewusst wahrnimmt? Wer Freiheit will, darf sich nicht vor den Voraussetzungen dieser Freiheit drücken.

Die Schweizer Verteidigungsindustrie hat in den vergangenen Jahren zu oft erklären müssen, warum es sie überhaupt noch braucht. Diese defensive Haltung ist falsch. Wir brauchen diese Industrie. Wir brauchen ihre Ingenieurinnen und Ingenieure, ihre Fachkräfte, ihre Produktionskompetenz, ihre Innovationskraft und ihre internationale Vernetzung. Wir brauchen Unternehmen, die Präzision, Qualität und Verlässlichkeit in sicherheitsrelevante Anwendungen übersetzen. Und wir brauchen eine Gesellschaft, die versteht: Verteidigungsfähigkeit ist kein Gegensatz zu Freiheit. Sie ist eine Voraussetzung dafür.

Das gilt besonders für die Schweizer Tech-Industrie. Viele sicherheitsrelevante Fähigkeiten entstehen nicht nur bei klassischen Rüstungsunternehmen, sondern auch in Bereichen wie Maschinenbau, Elektronik, Photonik, Raumfahrt, Robotik, Digitalisierung, Antriebstechnik, Materialtechnologie, Präzisionswerkzeuge und Dual-Use-Anwendungen. Diese industrielle Breite ist eine Stärke der Schweiz. Sie erlaubt es, neue Technologien rasch nutzbar zu machen und sicherheitsrelevante Innovationen aus der zivilen Industrie heraus zu entwickeln.

Doch dieses Potenzial bleibt nur erhalten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Sie brauchen Zugang zu Märkten. Sie brauchen Finanzierung, Versicherungen,



Quelle: Shutterstock

Forschungspartner, Fachkräfte und gesellschaftliche Akzeptanz. Wenn Banken, Versicherungen, Investoren, Hochschulen oder Behörden sicherheitsrelevante Unternehmen meiden, schwächt das den Standort. Wer Verteidigungsfähigkeit will, muss die entsprechenden Unternehmen auch als legitimen und notwendigen Teil der Wirtschaft behandeln.

Andere europäische Staaten haben diese Realität erkannt. Sie investieren in ihre Armeen, Produktionskapazitäten, Munitionsvorräte, Technologieprogramme und industrielle Kooperationen. Die Schweiz darf hier nicht abseitsstehen. Sie muss ihren eigenen Weg gehen, aber sie darf nicht so tun, als könne sie sich der sicherheitspolitischen Entwicklung Europas entziehen. Die Schweiz liegt mitten in Europa. Ihre Sicherheit ist mit der Sicherheit Europas verbunden. Ihre Industrie ist Teil europäischer Wertschöpfungs- und Lieferketten. Ihre Handlungsfähigkeit hängt davon ab, ob sie als verlässliche Partnerin wahrgenommen wird.

Gerade deshalb ist ein modernes Kriegsmaterialgesetz so wichtig. Es ist ein Signal nach innen und nach aussen. Nach innen zeigt es: Die Schweiz nimmt ihre Sicherheit ernst. Sie anerkennt den Beitrag ihrer Industrie. Sie will ihre Verteidigungsfähigkeit nicht nur rhetorisch stärken, sondern konkret. Nach aussen zeigt es: Die Schweiz bleibt eine verlässliche Partnerin. Sie kann differenzieren. Sie kann kontrollieren. Aber sie kann auch handeln.

Die Gegner von in der Schweiz produzierten Rüstungsgütern zeichnen ein falsches Bild. Sie suggerieren, möglichst wenig Kriegsmaterialexporte machen die Schweiz friedlicher, neutraler oder sicherer. Das Gegenteil ist der Fall. Rigide Exportvorschriften würden die Schweizer Verteidigungsindustrie weiter schwächen. Es würde die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz untergraben. Es würde Schweizer Unternehmen aus Lieferketten ausschliessen. Und sie würden die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Anbietern weiter erhöhen. Das alles würde die Schweiz unsicherer machen.

Frieden entsteht nicht dadurch, dass demokratische Staaten ihre Verteidigungsfähigkeit abbauen. Frieden braucht Abschreckung, Resilienz, Glaubwürdigkeit und industrielle Durchhaltefähigkeit. Wer diese Fähigkeiten schwächt, macht die Schweiz nicht sicherer. Er macht sie verwundbarer.

Das Kriegsmaterialgesetz ist deshalb mehr als eine Exportvorlage. Es ist ein Bekenntnis zu einer realistischen Sicherheitspolitik. Es anerkennt, dass Freiheit geschützt werden muss. Es anerkennt, dass Neutralität Verteidigungsfähigkeit voraussetzt. Es anerkennt, dass die Armee auf eine industrielle Basis angewiesen ist. Und es anerkennt, dass die Schweiz in einer unsicheren Welt handlungsfähig bleiben muss.

Die Schweiz hat starke Institutionen, eine innovative Wirtschaft, exzellente Fachkräfte, eine leistungsfähige Industrie und eine lange Tradition der Verantwortung. Diese Stärken dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. Neutralität, Offenheit, internationale Kooperation, industrielle Innovation und Verteidigungsfähigkeit gehören zusammen. Wer das eine gegen das andere ausspielt, schwächt das Ganze.

Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie zu schützen. Zur Verantwortung gehört die Einsicht, dass Sicherheit nicht gratis ist. Und zur Souve-

ränität gehört die Fähigkeit, im Ernstfall nicht bloss Bittstellerin zu sein.

Darum braucht die Schweiz eine starke Verteidigungsindustrie. Darum braucht sie verlässliche Regeln. Darum braucht sie internationale Anschlussfähigkeit. Und darum braucht es ein modernes Kriegsmaterialgesetz.



Zum Autor

Stefan Brupbacher, Dr. iur, exec. M.B.L HSG, MA SAIS/JHU, ist Direktor von Swissmem.

Sicherheit oder die Lust an den Gefahren: Unser widersprüchliches Verhältnis zu Sicherheit

Allan Guggenbühl

Auf der fünfspurigen Ringautobahn um Atlanta herrscht viel Verkehr. Wer seine Ausfahrt rechtzeitig erwischen will, muss oft drei oder mehr Spuren wechseln. Mein Fahrer entschied sich für den Exit Windy Hill Road. Er blinkt und will die Spur wechseln. Zu meinem Erstaunen lässt ihm der Fahrer auf der Parallelspur sogleich den Vortritt und winkt freundlich. Beim nächsten Spurwechsel geschieht dasselbe. Ich bin beeindruckt von so viel Höflichkeit auf dem Highway und teile dies meinem Fahrkollegen mit. Er meint trocken: «Es gibt einen Grund: Schiessereien auf den Autobahnen sind in Georgia ein grosses Problem. Drängt man vor oder schneidet man jemanden den Weg ab, dann droht man erschossen zu werden; Road Rage! Sicherheitshalber lässt man den anderen Fahrern den Vortritt.»

Vertrauen als Voraussetzung des Sicherheitsgefühls

Sicherheit ist eine Voraussetzung einer funktionierenden Gesellschaft. Die Handlungen und Intentionen der Menschen, mit denen wir zu tun haben, sollten berechenbar sein, und Institutionen sich an Regeln halten. Nicht nur Anstand und Höflichkeit sind gefragt, sondern auch die Gewissheit, dass einem nichts passiert. Wir wollen uns vor Gefahren schützen. Wir wollen unseren Mitmenschen *vertrauen* können und sicher sein, dass sie Wort halten und uns nichts antun. Wir wollen nicht verletzt, attackiert, belogen oder betrogen werden. Doch können wir unserem Sicherheitsgefühl trauen? Lauern mehr Gefahren um uns herum, als wir uns vorstellen können? Wie können wir sicher leben?

Das Bedürfnis Gefahren zu meiden, teilen wir mit der Tierwelt. Auch Tiere weichen gefährlichen Situationen aus. Schlangen werden durch Bodenvibrationen von nahen Feinden gewarnt und Vögel alarmieren

sich gegenseitig durch spezielle Rufe. Warnsignale zu erkennen ist überlebenswichtig. Menschen werden mit tausenden von Gefahren konfrontiert, denen wir aus dem Weg gehen. Wir haben Kriterien entwickelt, die uns helfen, Mitmenschen zu beurteilen und unsere Wahrnehmung für mögliche Gefahren zu schärfen. Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn man der Mehrheit ihrer Mitglieder vertrauen kann. Der andere hegt keine bösen Absichten, hält sich an Abmachungen und strebt ebenfalls den sozialen Frieden an. Menschen haben sich weiterentwickelt, weil sie Gefahren erkannten, ihnen auswichen oder Präventionsmassnahmen trafen. Gefahren gehen nicht nur von unseren Mitmenschen aus, sondern auch von der Natur und der Technik. Gletscher können auseinanderbrechen und Sturmfluten verursachen, Tornados Häuser wegfegen, Epidemien Menschen dahinraffen und Flugzeuge können abstürzen. *Sicherheit bedeutet auch, sich auch vor solchen Ereignissen zu wappnen und alles zu tun, dass sie sich nicht ereignen.*

Gefahrenbewältigung als kollektive Aufgabe

Viele Gefahren sind offensichtlich und erfordern keine grosse Sensibilisierung. Wir alle realisieren, dass ein Sprung vom Eiffelturm keine gute Idee ist und Kinder realisieren rasch, dass man seine Hand besser nicht in eine Flamme steckt und Scherben Verletzungen verursachen. Es gibt jedoch Gefahren, die man nicht erkennt. Unsere Sinnesorgane haben Mühe, sie zu erfassen und ihre Gefährlichkeit zu beurteilen. Giftige Gase erkennen wir nicht immer spontan oder dass unsere Haut durch UV-Strahlung geschädigt wird, wissen wir möglicherweise im Kopf, doch wir reagieren nicht spontan mit Vorsichtsmassnahmen oder Abwehr. Unsere Sinnesorgane erfassen solche Gefahren nicht und oft sind die Ursachen ausserhalb unseres Einflussbereiches. Wir verfügen nicht über die nötigen natürlichen Kompetenzen, sie zu erkennen und auf sie zu reagieren.

Aus diesem Grund ist die Gefahrenerkenntnis und -reduktion eine Aufgabe der Gemeinschaft. Da wir sie nicht instinktiv erkennen und richtig reagieren, müssen wir uns das entsprechende Wissen aneignen. Es braucht eine Verallgemeinerung der Warnsignale und eine Debatte über drohende Gefahren. Es gilt das Vorstellungsvermögen zu aktivieren und Massnahmen zu entwickeln, die Gefahren minimalisieren.



Quelle: Shutterstock

In den meisten Zivilisationen wird dies an staatliche Autoritäten oder Fachleute delegiert. Wir erwarten, dass sie vor Gefahren warnen, Präventionsmassnahmen treffen und uns dadurch ein friedliches Leben ermöglichen. Wir wollen uns aufgehoben und sicher fühlen und überzeugt sein, dass die Gesellschaft sich um uns sorgt. Es geht um ein Habitat, dem wir vertrauen können und wir vor existenzbedrohenden Situationen geschützt werden. Wir erwarten, dass das Kollektiv sich Wissen und Kompetenzen aneignet, um schreckliche Ereignisse zu verhindern. Es gilt Kinder vor dem Verkehr, dubiosen Mitmenschen, Steinschlag oder Krankheiten zu schützen und Bürger und Bürgerinnen vor den Auswirkungen von Drogen, Stürzen und Verführungen. Der Staat erlässt Vorschriften, die das öffentliche Leben, Arbeitsabläufe, die Wirtschaft betreffen, um Unfälle zu verhindern und Schäden zu minimalisieren. Versicherungen versuchen die Folgen eines Schadens abzufedern und geben Empfehlungen ab, um Risiken zu reduzieren. Es geht darum, dass man sich richtig verhält, damit nichts Schlimmes passiert. Den Strassenverkehr versucht man durch Hinweise und Verbote zu regeln, damit Unfälle verhindert werden und kein Verkehrschaos ausbricht. Jeder soll sein Ziel unbeschadet erreichen. Kindern wird beige-

bracht, wie man eine Strasse überquert und Velo fährt. Verkehrstafeln und Ampeln sorgen dafür, dass man aneinander vorbeikommt, ohne zusammenzustossen. Es geht um Sicherheit.

Viele Gefahren sind jedoch unsichtbar. Wir erkennen sie nicht spontan. Mikroben in der Luft oder im Wasser sehen wir nicht. Sie können sich jedoch fatal auf den menschlichen Körper auswirken. An der Spanischen Grippe erkrankten 1918 in der Schweiz zwei Millionen Menschen, 25 000 Menschen starben. Grippewellen sind darum eine kollektive Herausforderung und erfordern staatliche Massnahmen, da wir selbst das Gefahrenpotential nicht einschätzen können. Sie übersteigen unser Vorstellungsvermögen und unsere Kenntnisse. Während der Covidpandemie wurden wir aufgefordert, uns zu schützen und den Lockdown zu respektieren, Masken zu tragen, auch wenn wir nicht einverstanden waren. Die Sicherheit und der Schutz vor einer Ansteckung wurden zu einer staatlichen Angelegenheit. Es kam zu einem Dilemma zwischen persönlicher Einschätzung und wissenschaftlicher Erkenntnis. Vor Krankheiten wird auch weiterhin gewarnt. Bei Reisen gelte es sich vom West-Nil-Virus und andere durch Mücken übertragene Viren zu schützen und wenn man im Frühling im Wald spazieren geht, dann soll man hohe Socken anziehen, damit man nicht von Zecken gebissen wird und an Borreliose erkrankt. Es geht um Sicherheit.

Menschen bringen sich in Gefahr

Neben schädlichen Ausseneinwirkungen gibt es noch die *selbstgenerierten Probleme.* Der Mensch bringt sich immer wieder selbst in Gefahr. Sein Verhalten bedroht seine körperliche Stabilität und Gesundheit. Die Medizin und die Gesundheitsexperten des BAG warnen deshalb vor übermässigem Handykonsum, ungesunden Essverhalten, Alkohol und Rauchen. Frauen werden für Anzeichen gewalttätiger Männer sensibilisiert, schützen sollen wir uns alle vor toxischen Beziehungen, Verführungen im Internet und Mobbing. Aufrufe und Informationen werden über Plakate, die Medien und Broschüren verbreitet. Die Bürger werden informiert, wie sie sich verhalten sollen, um Gefahren abzuwenden, sich nicht zu verletzten oder gesundheitliche Schäden davonzutragen. Nach einem Toilettenbesuch soll man die Hände waschen, Gleise dürfen nicht

überschritten werden und vor dem Essen gekaufter Produkte soll man sich das Ablaufdatum anschauen.

Das Ziel ist, die Menschen zu verantwortungsvollen, um die körperliche und seelische Sicherheit besorgte Bürger zu erziehen und den gesellschaftlichen Frieden zu ermöglichen. Vorordnungen, Kampagnen, Instruktionen, Schulungen und öffentliche Hinweise appellieren an die *Selbstkontrolle*. Man geht davon aus, dass wir fähig sind, unser Verhalten und Begehren auf Grund von Informationen modulieren zu können. Wir werden zu verantwortungsvollen Bürgern, die Gefahren vermeiden und gesund leben. Je mehr wir über Gefahren wissen, desto besser können wir mit ihnen umgehen und desto sicherer fühlen wir uns. Ein erfahrener Fallschirmspringer fühlt sich sicherer als ein Beginner, da er die Gefahren kennt, die es zu vermeiden gilt; ein Feuerwehrmann am Schlauch ist ruhiger als seine Kollegen, weil er das Gefühl von Handlungsoptionen hat. Das Gefühl der Selbstkontrolle beruht auch auf der persönlichen Kenntnis möglicher Gefahren.

Es gibt jedoch ein Problem: Menschen sind nicht programmierbar. Sie lassen sich ungern sagen, was sie tun und lassen sollen. Sie haben nicht nur einen eigenen Willen, sondern orientieren sich an eigenen



Quelle: Shutterstock

Vorstellungen. Sie respektieren darum nicht alle Informationen und das allgemein akzeptierte Wissen, sondern entwickeln eigene Vorstellungen über Gefahren, die oft nicht rational begründbar sind und zum kollektiv anerkannten Wissenskanon gehören.

Steigt man in einen Lift eines Hotelhochhauses und drückt sein Stockwerk, dann fällt auf, dass in vielen Hotels das 13. Stockwerk fehlt. Nach der 12. kommt gleich die 14. Etage! Der Grund: Die Zahl 13 bringt Unglück. Niemand will auf dem dreizehnten Stockwerk schlafen. Natürlich wird die überwiegende Zahl der Gäste betonen, dass sie nicht abergläubisch ist und bei der Bedeutungszuschreibung – die bei der Zahl 13 vorsichtshalber gemacht wird – wählt man doch lieber ein anderes Stockwerk. Man will Unglück verhindern.

Die Assoziationen, die die Zahl 13 auslösen, weisen auf eine Eigenschaft, die wir gerne verdrängen: Wir werden nicht nur von bewussten Überlegungen gesteuert, sondern auch von *unbewussten* Motiven. Diese beeinflussen unsere Wahrnehmung. Was wir sehen, hören und spüren ist keine objektive Widergabe der Realität, sondern eine gefilterte Version. Wir konstruieren uns eine Wirklichkeit aufgrund unserer Wünsche, Ängste und Interessen. Die objektive Realität entschwindet uns. Die Inhalte unseres Bewusstseins werden von Assoziationen, Erinnerungen, religiösen Werten, Frustrationen, internalisierten Glaubenssätzen, gesellschaftlichen Paradigmen, persönlichem Leiden, Mythen und Emotionen beeinflusst. Das Gehirn ist kein geordnetes Kommandozentrum, das bei Denkleistungen und Entscheidungen auf die sinnvollsten Kompetenzen und anerkanntes Wissen zurückgreift, sondern eine halbchaotische Zentrale, die immer wieder neue, oft ungewohnte Zusammenhänge erstellt. Körperempfindungen, Erinnerungen, Wissen, innere Bilder, Emotionen, Erfahrungen, Kompetenzen und Signale von aussen werden interpretiert und dienen der Orientierung. Was sich im Inneren eines Menschen abspielt hat darum oft mehr Macht über uns als anerkannte Leitsätze. Wir werden oft von Motiven angetrieben, die im Widerspruch zu den bewusst deklarierten Zielen und persönlichen Werten stehen. Sie melden sich über andrängende Gefühle, spontane Einfälle und Widerstände.

Besonders ersichtlich ist dies bei Entscheidungen, die uns persönlich betreffen. Sie werden selten aufgrund vernünftiger Überlegungen ge-

troffen, sondern von spontan andrängenden Gefühlen und Empfindungen beeinflusst. Rationale Bedenken und vernünftige Argumentationen haben oft keine Chance. Begründungen werden nachgeliefert und sind oft einsilbig. «Weil er da ist», soll der englische Bergsteiger Leigh Mallory (1886–1924) gesagt haben, als man ihn fragte, wieso er den höchsten Berg besteigen wolle. Seine Aussage ist typisch für Menschen. Wir alle hegen den Wunsch, etwas Aussergewöhnliches zu machen, nicht dem Mainstream zu folgen und etwas aus innerem Antrieb zu machen, ohne uns rechtfertigen zu müssen. Die Unvernunft gehört zu den Menschen. Nur Langweiler orientieren sich immer an der Vernunft.

Beziehungen werden kaum je aufgrund rationaler Überlegungen begonnen. Niemand will Partner oder Partnerin einer Person werden, die ihn oder sie aufgrund einer wissenschaftlichen Analyse des Charakters, des sozialen Hintergrunds, der Familie und Biografie gewählt hat. Vor solchen Menschen wird gewarnt. Sie haben kein Herz. Gefühle müssen im Spiel sein. Liebesbeziehungen, doch auch Freundschaften wollen wir als etwas Ausserordentliches erleben. Die Götter bringen Menschen zusammen. «Ich trat in den Raum und wusste, dass sie die Richtige ist! Ihr Blick verriet es!», sagt ein Mann über seine Partnerin. «Ich habe mich für ihn entschieden, weil mein Herz wusste, wohin es gehört!», verrät eine Physikerin ihrer Mutter. «Ich will mit ihm gehen, weil ich lieber mit ihm durch einen Sturm gehe, als allein das schöne Wetter zu geniessen», weiss eine vierzigjähre Frau. Nicht nur Partnerwahlen werden mit irrationalen, esoterisch gehauchten Argumenten begründet, sondern oft auch berufliche Entscheidungen. «Ich wähle nicht den sicheren Weg. Ich wähle den, bei dem ich mich später nicht fragen muss, was passiert wäre», begründete ein Firmenchef den Kauf eines Konkurrenten und ein Investor begründete seinen Aktienkauf mit den Worten: «Ich entscheide mich für das Unbekannte, weil dort noch nichts festgeschrieben ist.» Trennungen erfolgen auf der Grundlage von speziellen, mit Emotionen aufgeladenen Horrorgeschichten: «Ich fühlte mich wie ein Möbel in der Wohnung, mein Mann hat nie mit mir geredet und ich wusste, dass er gewalttätig wird, wenn ich ihn kritisierte!»

Man könnte nun einwenden, dass solche Menschen nicht denken. Sie sehen den Tatsachen nicht ins Auge. Mehr Aufklärung sei nötig. Diese

Sichtweise greift jedoch zu kurz, denn Emotionen sind unser *Lebenselixier*. Sie sind mit Vorstellungen verbunden, die uns begeistern, ärgern oder ängstigen. Wir stellen uns vor, wie etwas sein könnte oder ärgern uns über Missstände. Emotionen aktivieren unsere Imagination und führen zu Neuerungen und Entdeckungen. Wir gehen Wagnisse ein, überwinden Unsicherheiten und Ängste. Emotionen orientieren sich nicht an Sicherheitskriterien, sondern Bildern und Ahnungen, die von innen andrängen. Wir folgen der Intuition und missachten oft bewusste Argumente.

Die Vorstellung des Schrecklichen als Prävention

Wenn es um Sicherheit geht, dann sind Emotionen ein Problem. «Life is crazy!», wird jemand sagen und sich einer gefährlichen Treckingtour im Himalaya anschliessen, in eine wilde Raver Party in Barcelona eintauchen oder eine Motorradtour auf der Route 66 starten. Angst wird nicht vermieden, sondern wegen seinem Adrenalinschub gesucht. Risiken sind cool. Mit überholter Geschwindigkeit auf der Autobahn zu fahren, gibt einem einen Kick und es ist cool, wenn man über den Durst trinkt und seine Hemmungen verliert. Grenzüberschreitungen und Gefahren versprechen erhöhte Lebensintensität und einen Ausbruch aus der Alltagsroutine.

Das Bedürfnis nach Angstlust wird durch Filme, Social Media, Bücher und Zeitungen abgefangen. Krimis beginnen fast immer mit einem Mord, Filme erlauben uns virtuell verrückte Szenen mitzuerleben und Zeitungen berichten von Unfällen und Verbrechen.

Unser Verhältnis zu Sicherheit ist darum zwiespältig. Natürlich wollen wir Gefahren vermeiden und sicher sein, doch gleichzeitig lockt das Aussergewöhnliche. Ereignisse, die uns aus den Socken werfen, innerlich erschüttern und erschrecken. Wir wollen unsere Wohlfühlzone periodisch verlassen. Ein sicheres, normales Leben ist nicht attraktiv, sondern Gefahren verleihen dem Leben Spannung und Befriedigung. Das Leben ist darum eine Gratwanderung. Wenn wir in einer gesicherten Umgebung leben, in der alles berechenbar scheint, dann langweilen wir uns, herrscht jedoch ein Chaos oder gar Krieg, dann sehnen wir uns nach einer sicheren, geordneten Existenz. Eine angstfreie Gesellschaft ist unser Ziel, doch auf das Angstgefühl ganz zu verzichten, wollen wir nicht. Wir lieben es darum, Angst projektiv zu erleben, in Filmen, über

Horrorgeschichten, Klatsch und kriegerischen Ereignissen, die weit weg von uns sind.

Eine Lösung aus diesem Dilemma gibt es nicht. Sicherheit muss ein Kernanliegen der Gesellschaft sein. Angst lassen wir portionenweise als Zuschauer zu, meist im naiven Glauben, dass uns selbst nichts geschieht. Wir sind fasziniert vom Schrecklichen, was es jedoch wirklich bedeutet, übersteigt unser Vorstellungsvermögen. Wichtig ist darum, dass wir die Angstlust, die zu Imaginationen führt, konstruktiv einsetzen und immer wieder ausmalen, was alles Schreckliches geschehen kann. Die Imagination des Schrecklichen ist die beste Prävention, wenn es um Sicherheit geht.

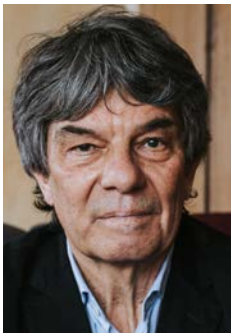
Blauer Himmel, warmes Wetter: Tausende Menschen sitzen auf den Tribünen, klatschen, johlen und begeistern ob der Kämpfe der «bösen Buben». Das Schwingfest ist ein voller Erfolg. Ich muss im Rahmen meines Militärdiensts einen Ausgang bewachen. Ich sehe überall fröhliche Gesichter, ausser zwei Securitas hinter mir. Sie haben finstere Gesichter, halten ihre Köpfe zueinander und führen ein ernsthaftes Gespräch. Ich bin neugierig, worüber sie sprechen, und nähere mich ihnen. «Wenn natürlich die mittlere Tribüne zusammenbricht, dann müssen wir die Verletzten vorn heraustragen.», sagt einer der Männer und der andere antwortet: «Wichtig ist, dass die Feuerwehr durchkommt, der Hydrant ist jedoch in den....». Die beiden malen sich tatsächlich aus, welches die



Quelle: Imago

Auswirkungen eines Brandes sind und wie man sich schützen kann. Sie lassen sich nicht von der fröhlichen Stimmung beeindrucken.

Diese Form von Denken ist essenziell für Sicherheit. Sowohl auf individueller wie auch auf kollektiver Ebene gilt es sich bewusst zu sein, dass Sicherheit ein kostbares Gut ist und das Schreckliche eine Realität. Wenn man etwas noch nie erlebt hat, heisst das nicht, dass es einem nicht blühen kann. Das Schreckliche, Kriege, Naturkatastrophen, Unruhen gilt es sich vorzustellen und sich darauf vorzubereiten. Dies ist schwierig in einem Land wie der Schweiz, das selbst keine Kriege erlebt hat und auch von grösseren Katastrophen verschont blieb. Dies führt zum Irrglauben, dass man uns verschont. Nichts wird geschehen, weil doch bis jetzt nichts geschehen ist. Es braucht darum Menschen wie die Männer am Schwingfest, die bereit sind, sich das unpopuläre Schreckliche auszumalen, auch wenn niemand sich interessiert und man sich in Sicherheit wiegt. Solche pessimistischen Männer und Frauen sind wichtig, weil sie die Gefahr mindern, dass wir durch eine Gefahr oder sonst etwas Schreckliches überrascht werden und nicht vorbereitet sind.



Zum Autor

Allan Guggenbühl, Prof. Dr. phil., ist ein renommierter Schweizer Psychologe und Psychotherapeut und Autor zahlreicher Fachbücher und Artikel zu den Themen Konfliktmanagement, Gewaltprävention, Bildung sowie Jungen- und Männerarbeit.

Impressum

Schrift Nr. 36 Mitgliederbrief 275
Oktober 2026

Herausgeber

Stiftung Freiheit & Verantwortung

Geschäftsstelle: Säntisstrasse 18
9524 Zuzwil
info@fuv.ch | www.fuv.ch

GESELLSCHAFT UND KIRCHE WOHIN?

Verein Gesellschaft und Kirche wohin?
Säntisstrasse 18
9524 Zuzwil
www.gekiwo.ch

Preis
15 CHF

Bestellungen
Stiftung Freiheit und Verantwortung
Säntisstrasse 18
9524 Zuzwil
info@fuv.ch